

Geschäftsführung:
Fachdienst Rat und Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid

am 09.12.2024

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Rates:

Bürgermeister Sebastian Wagemeyer

von der CDU-Fraktion

Ratsherr Norbert Adam
Ratsfrau Gesthimani Demirtzoglou
Ratsherr Michael Dregger
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Dr. Antje Heider
Ratsherr Lucas Karich
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsherr Michael Meyer
Ratsherr Björn Schöttler
Ratsfrau Magdalena Schulte
Ratsherr Ralf Schwarzkopf MdL
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn
Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting
Ratsherr Christoph Weiland
Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Manuel Bunge-Altenberg
Ratsherr Gordan Dudas MdL
Ratsherr Jan Eggermann
Ratsherr Fabian Ferber
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Dirk Franke
Ratsherr Dominik Hass-Sommer
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Karin Hertel
Ratsherr Steffen Kriegel

Ratsherr Thomas Kruber
Ratsfrau Nicole Schulte
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa
Ratsherr Michael Thielicke
Ratsfrau Ramona Ullrich

anwesend ab
Tagesordnungspunkt 10 der
öffentlichen Sitzung

Ratsherr Jens Voß

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Julia Decker
Ratsherr Andreas Stach
Ratsfrau Tanja Tschöke

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Brunhilde Gromball
Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Dominik Petereit

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Otto Ersching
Ratsherr Josef Filippek

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Claudius Bartsch
Ratsherr Peter Oettinghaus

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Fabian Kessler
Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus
Herr Frank Kusmirtz
Herr Marcus Müller
Herr Matthias Reuver
Frau Claudia Stelse
Herr Stefan Kirmes

Herrn Robert Sydow

anwesend bis
Tagesordnungspunkt 3 der nicht
öffentlichen Sitzung
anwesend bis
Tagesordnungspunkt 3 der nicht
öffentlichen Sitzung

Herr Peter Meltzer

zu Tagesordnungspunkt 32.2. der
öffentlichen Sitzung

Frau Sabine Weichler

anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung

Schriftführung:

Frau Corinna Schmidt

Abwesend:

von der CDU-Fraktion

Ratsherr Mert Can Cetin
Ratsherr Daniel Kahler

von der SPD-Fraktion:

Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsfrau Ilona Bartocha

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Herr Stephan Theo Hammer

Beginn: 17:06 Uhr

Ende: 18:50 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Berichts- und Beschlusskontrolle

Der Rat der Stadt Lüdenscheid nimmt die Übersichten zur Kenntnis.

**3. Zweite Änderung des Stellenplans 2024/25
Vorlage: 247/2024**

**3.1. Zweite Änderung des Stellenplans 2024/25 /1. Ergänzung
Vorlage: 247/2024/1**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die in der Anlage dargestellten Änderungen des Stellenplans 2024/25.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

**4. Bewilligung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2025
hier: Zweite Änderung des Stellenplanes 2024/25
Vorlage: 257/2024**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der überplanmäßigen Bewilligung von Haushaltsmitteln in Höhe von 1.789.686 € im Haushaltsjahr 2025 bei den in der Begründung angegebenen Produktsachkonten zur Umsetzung der zweiten Stellenplanänderung 2024/2025 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

5. Grundsteuerreform 2025 - Hebesätze

Bürgermeister Wagemeyer gibt das Wort an den Beigeordneten und Stadtkämmerer Haarhaus.

Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus erläutert, dass der vorliegende Vorschlag, die aufkommensneutrale Umstellung der Hebesätze im Rahmen der Grundsteuerreform bei der Grundsteuer B mit differenzierenden Hebesätzen jeweils für Wohngrundstücke und Nichtwohngrundstücke umzusetzen, durch die interfraktionell besetzte Finanzkommission erarbeitet wurde.

Er weist ausdrücklich darauf hin, dass der Vorschlag - gemäß Gutachten des Städtetages - nicht rechtssicher und damit ein Einnahmeausfallrisiko verbunden sei.

Andererseits gäbe es ein Gutachten des Finanzministeriums mit der Aussage, dass die Umsetzung in dieser Form erfolgen könnte.

Das Ziel, die Wohnkostensteigerung zu reduzieren bzw. die Wohnkosten zu stabilisieren, gelinge durch die Differenzierung der Hebesätze. Das führe dazu, dass die Steuerbelastung für Wohngrundstücke insgesamt mehr als 20 Prozent niedriger sei als sie bei einem einheitlichen Hebesatz wäre. Andererseits gäbe es im Wohnbereich eine Steigerung von etwa vier Prozent, was daran liege, dass das Verhältnis der Hebesätze zwischen Nichtwohngrundstücken und Wohngrundstücken höchstens 2:1 sein dürfte.

Bei einheitlichen Hebesätzen wäre die Mehrbelastung für Eigenheimbesitzer aber deutlich höher ausgefallen.

Wichtig sei zudem, dass der Vorschlag auf Basis der aktuellen Datengrundlage Aufkommensneutralität gewährleiste. Das bedeute, dass die Steuereinnahmen der Stadt in 2025 nicht höher als 2024 seien und in Summe von den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr Geld als vorher eingenommen werde. Es komme jedoch zu Verschiebungen der Steuerbelastungen untereinander. Das sei das Ergebnis des Urteils des Bundesverfassungsgerichts.

Anschließend bedankt sich Bürgermeister Wagemeyer - wie schon in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.12.2024 - ausdrücklich bei allen Mitarbeitenden der Finanzkommission, denen es am Ende gelungen sei, eine Lösung mit den geringstmöglichen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger zu finden.

5.1. Richtungsentscheidung für die Nutzung einheitlicher oder differenzierender Hebesätze bei der Grundsteuer B für die Zeit ab 01.01.2025 Vorlage: 260/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die aufkommensneutrale Umstellung der Hebesätze im Rahmen der Grundsteuerreform wird bei der Grundsteuer B mit differenzierenden Hebesätzen jeweils für Wohngrundstücke und Nichtwohngrundstücke umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

5.2. Satzung zur Festsetzung der Hebesätze der Grundsteuer in der Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 272/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Satzung zur Festsetzung der Hebesätze der Grundsteuer in der Stadt Lüdenscheid wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

6. Einführung einer Kastrations- und Kennzeichnungspflicht bei Freigängerkatzen
Vorlage: 217/2024

Ratsherr Voß meldet sich zu Wort und teilt mit, dass er - wie schon in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.12.2024 - gegen die Vorlage stimmen werde, da er nach wie vor der Ansicht sei, dass eine Operation (an Tier und Mensch) nur bei medizinischer Notwendigkeit durchgeführt werden solle. Hier gehe es seiner Ansicht nach in erster Linie darum, die Kosten im Tierheim Dornbusch zu senken.

Die Kennzeichnungspflicht (Chip oder Tätowierung) befürworte er jedoch, da hierdurch die Tiere schneller an ihre Besitzer zurückgegeben werden könnten.

Des Weiteren stellt Ratsherr Voß fest, dass die Vorlage mit Bekanntmachung in Kraft treten werde und fragt nach der Durchsetzungspraxis. Was passiert, wenn Tierärzte nicht kurzfristig Kennzeichnungen und Kastrationen durchführen können? Wer kontrolliert von städtischer Seite aus? Wie wird kontrolliert und werden sofort Bußgelder verhängt? Er sehe hier noch Klarstellungsbedarf.

Erster Beigeordneter Kessler teilt mit, dass es in dieser Ordnungsbehördlichen Verordnung nicht um das Tierheim gehe, sondern um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger. Zur Übergangsproblematik informiert er, dass die Durchsetzung im Rahmen des Ermessens erfolge. Sollte es zu vorübergehenden Staus, zum Beispiel bei den Tierärzten, kommen, würde entsprechend mit Nichtahndung oder nur mit einer Ermahnung, verbunden mit der Aufforderung der schnellstmöglichen Umsetzung, reagiert. Das sei die übliche Vorgehensweise bei Übergangsprozessen.

Ratsherr Voß stellt fest, dass sich die Bürgerinnen und Bürger somit auf diese - protokollierte - Vorgehensweise berufen könnten.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid bei zwei Gegenstimmen der Ratsherren Voß und Eggermann sowie drei Enthaltungen der Ratsherren Bartsch, Ersching und Filippek folgenden

Beschluss:

Die Zweite Ordnungsbehördliche Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Stadtgebiet Lüdenscheid (Gefahrenabwehrverordnung) vom 18.11.2008 wird in der als Anlage beigefügten Fassung erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	3

7. Berechnungsgrundlage für die Preise der Volkshochschule der Stadt Lüdenscheid ab dem 01.01.2025 Vorlage: 250/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst mit drei Gegenstimmen der Ratsherren Bartsch, Ersching und Filippek folgenden

Beschluss:

Die Preise für die Teilnahme an Veranstaltungen der Volkshochschule der Stadt Lüdenscheid werden ab dem 01.01.2025 gemäß der Anlage 1 festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	38
Nein-Stimmen:	3

8. Beschlussfassung über die Änderung der Satzung der SELH AöR aufgrund des 3. NKF- Weiterentwicklungsgesetzes Vorlage: 235/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1) Die dargestellten Änderungen in der Satzung der Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR (SELH) werden beschlossen.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung zu dem Beschluss zu 1) gemäß § 115 GO NRW i.V.m. § 27 Abs. 4 und 5 Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) bei der zuständigen Kommunalaufsicht zu beantragen. Der Beschluss zu 1) umfasst auch die im Zuge des Genehmigungsverfahrens sich ggf. noch ergebenden Anpassungen in der Satzung der SELH, sofern diese nicht wesentlich sind.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	41
-------------	----

9. Dritte Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 228/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Anlage 2 dieser Beschlussvorlage vorliegende dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Lüdenscheid wird mit Wirkung ab 01.01.2025 erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

10. Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Lüdenscheid für das Jahr 2025
Vorlage: 227/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Anlage 4 dieser Beschlussvorlage vorliegende 17. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Lüdenscheid wird mit Wirkung ab 01.01.2025 erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

11. Satzung über die Straßenreinigung und die Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Lüdenscheid für das Jahr 2025
Vorlage: 229/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Anlage 4 dieser Beschlussvorlage vorliegende 20. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Lüdenscheid wird mit Wirkung ab 01.01.2025 erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

12. Friedhofsgebühren für die Kommunalfriedhöfe in der Stadt Lüdenscheid für das Jahr 2025
Vorlage: 230/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Anlage 3 dieser Beschlussvorlage vorliegende Satzung über die Friedhofsgebühren in der Stadt Lüdenscheid wird mit Wirkung ab 01.01.2025 erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

13. Wirtschaftsplan 2025 für den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL)
Vorlage: 231/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Wirtschaftsplan (Erfolgs-, Vermögens- und Investitionsplan, Stellenübersicht, fünfjähriger Erfolgs- und Finanzplan) für den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid für das Wirtschaftsjahr 2025 wird bei einem geplanten Jahresüberschuss von 635 T€ und einem Umsatz- und Ertragsvolumen von 37.910 T€ in der vorgelegten Form beschlossen.
2. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsplan 2025 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 3.000 T€ festgesetzt.
3. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird für das Wirtschaftsjahr 2025 auf 410 T€ zu Lasten des Wirtschaftsjahres 2026 festgesetzt.
4. Die Ausgaben für die Investitionen nach Anlage 7 werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

14. Gebührenkalkulation 2025 für den Lüdenscheider Wochenmarkt
Vorlage: 254/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Gebührenkalkulation 2025 für den Lüdenscheider Wochenmarkt wird zur Kenntnis genommen. Es ergibt sich keine Änderung der Gebührensatzung vom 15.12.2021 in der Fassung vom 20.06.2023.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**15. Michael-Ende-Schule, Klinikschule der Stadt Lüdenscheid;
hier: Vertrag mit der Märkischen Kliniken GmbH
Vorlage: 253/2024**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den zum 31.12.2024 endenden Vertrag mit der Märkischen Kliniken GmbH hinsichtlich der Nutzungsentschädigung anzupassen bzw. neu abzuschließen. Für das Haushaltsjahr 2025 werden überplanmäßige Mittel in Höhe von 39.499,90 € bei dem Produktsachkonto 03.01.08 – 5422200/7422200 – Nutzungsentschädigung bereitgestellt. Deckungsmittel stehen bei 16.01.01 – 4111000/6111000 – Schlüsselzuweisung zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**16. Baumaßnahme Sporthalle Adolf-Reichwein-Gesamtschule
Vorlage: 275/2024**

Ratsherr Fröhling fragt nach, ob die für den Bau- und Verkehrsausschuss und den Rat im Februar 2025 angekündigte Vorlage auch schon eine konkrete Aussage zu Fördermöglichkeiten beinhalte. Er bitte um eine entscheidungsreife Vorlage, die die Fördermöglichkeiten nicht nur umreißt, sondern beschreibe, welche Gewerke förderungswürdig seien. Dies war in den letzten Ausschusssitzungen noch nicht klar. Er bitte um eine umfassende Vorlage, auch noch einmal im Vergleich der einzelnen Varianten Neubau oder Sanierung.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus informiert, dass man mit dem Fördermittelgeber in Kontakt stehe. Natürlich gebe es noch keine Förderzusage, da erst der Antrag gestellt werden müsse, in dem dann selbstverständlich auch die Konkretisierungen enthalten seien.

Anschließend nimmt der Rat der Stadt Lüdenscheid den Bericht zur Kenntnis.

17. Änderung der Gesellschaftsverträge der WestfalenTarif GmbH und der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH aufgrund des 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes
Vorlage: 259/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Änderungen der Gesellschaftsverträge der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH und der WestfalenTarif GmbH entsprechend der Darstellung in den Anlagen 1 und 2 werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

18. Änderung der Vertretung der Stadt Lüdenscheid im Verwaltungsrat sowie in der Gesellschafterversammlung der Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH
Vorlage: 255/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Als ordentliches Mitglied für Ratsfrau Ursula Meyer wird für die verbleibende Wahlperiode des Rates in den Verwaltungsrat der Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH Ratsfrau Susanne Mewes bestellt.
2. Als vorsitzendes Mitglied des Verwaltungsrates der Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH wird für die verbleibende Wahlperiode des Rates Ratsherr Ernst Helmut Norbert Adam vorgeschlagen.
3. Als Vertreter der Stadt Lüdenscheid für die Teilnahme an Gesellschafterversammlungen der Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH im ungeraden Kalenderjahr 2025 wird für die verbleibende Wahlperiode des Rates anstelle von Ratsfrau Susanne Mewes Ratsherr Björn Weiß benannt.
4. Als Stellvertreter der Stadt Lüdenscheid für Ratsfrau Heide-Marie Skorupa für die Teilnahme an Gesellschafterversammlungen der Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH im geraden Kalenderjahr 2024 wird für die verbleibende Wahlperiode des Rates anstelle von Ratsfrau Susanne Mewes Ratsherr Björn Weiß benannt.
5. Die Vertreter/innen der Stadt Lüdenscheid im Verwaltungsrat der Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH werden angewiesen, Ratsherrn Ernst Helmut

Norbert Adam zur Wahl des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH vorzuschlagen und für diesen Wahlvorschlag zu stimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**19. Beschlussfassung über die Änderung der Gesellschaftsverträge der Beteiligungsunternehmen der Stadt Lüdenscheid aufgrund des 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes
Vorlage: 234/2024**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1) Die Änderungen des Gesellschaftsvertrags der Seniorenwohnheim Weststraße gGmbH werden beschlossen.
- 2) Die Änderungen des Gesellschaftsvertrags der STL GmbH werden beschlossen.
- 3) Die Änderungen des Gesellschaftsvertrags der Stadtentwicklungsgesellschaft Lüdenscheid mbH werden beschlossen.
- 4) Die Änderungen des Gesellschaftsvertrags der b.invest gemeinnützige GmbH werden beschlossen.
- 5) Die Änderungen der Satzung der Lüdenscheider Wohnstätten AG werden beschlossen.
- 6) Die Änderungen des Gesellschaftsvertrags der Entwicklungs- und GründerCentrum GmbH werden beschlossen.
- 7) Die Änderungen des Gesellschaftsvertrags der Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH werden beschlossen.
- 8) Die Änderungen des Gesellschaftsvertrags der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH werden beschlossen.
- 9) Die Änderungen des Gesellschaftsvertrags der Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft GmbH werden beschlossen.
- 10) Die Verwaltung wird beauftragt, die Beschlüsse zu 1-9) gemäß § 115 GO NRW bei der zuständigen Kommunalaufsicht anzuzeigen. Die Beschlüsse zu 1-9) umfassen auch die im Zuge des Anzeigeverfahrens sowie die sich vor oder während der notariellen Beurkundung ggf. noch ergebenden Anpassungen im Vertrag, sofern diese nicht wesentlich sind.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

20. Straßen- und Wegekonzept gem. §8a Kommunalabgabengesetz NRW (KAG NW)
Vorlage: 221/2024

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass über die Vorlage weder in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 20.11.2024 noch in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.12.2024 abgestimmt wurde. Es gebe jetzt dazu eine Tischvorlage, die auf die Fragen eingehe, die in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses gestellt worden seien.

Anschließend unterbricht Bürgermeister Wagemeyer die Sitzung für eine kurze Lesepause

Nach der Lesepause fragt Ratsherr Adam nach, ob er es richtig verstanden habe, dass der Ausbau der Jahnstraße und des Parkplatzes Jahnstraße - die schon seit mehreren Jahren zum Ausbau vorgesehen seien - nochmals verschoben werde.

Fachbereichsleiter Müller, in Vertretung von Fachbereichsleiter Hammer, bestätigt die Verschiebung dieser Maßnahmen.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Das in der Anlage 1 und 2 befindliche Straßen- und Wegekonzept 2025 - 2029 für die Stadt Lüdenscheid wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

21. Straßenplanung Schillerstraße
Vorlage: 214/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der anstehenden Unterhaltungsmaßnahme „Schillerstraße“ die zusätzlichen Leistungen im Einmündungsbereich Schillerstraße/ Freiherr-vom-Stein Straße entsprechend der im Ausschuss vorgestellten Planunterlagen umzusetzen. Für die Umsetzung soll die Vergabe der Tiefbauleistungen in 2024 ausgeschrieben werden.
2. Für diese investive Maßnahme werden bei 12.01.04 – P12010409 – 7852000 Schillerstraße außerplanmäßige Mittel in Höhe von 48.000 € bewilligt. Die Deckung erfolgt über die Maßnahme 12.01.04 – P 12010407 – 7852000 – Barrierefreier Ausbau Stadtteil Hasley.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

22. Wirtschaftsplan 2025 der Stadtentwicklungsgesellschaft Lüdenscheid mbH hier: Kapitaleinzahlung zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks Vorlage: 256/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst mit einer Gegenstimme des Ratsherrn Bartsch folgenden

Beschluss:

1. Im Produkt 15.01.02 „Wirtschaftsförderung“ werden zur Stärkung des Eigenkapitals außerplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 640.000 € für die Einzahlung in die Kapitalrücklage der Stadtentwicklungsgesellschaft Lüdenscheid mbH bewilligt. Die Deckung erfolgt bei den in der Begründung angegebenen Haushaltspositionen.
2. Die Vertreterin/der Vertreter der Stadt Lüdenscheid in der Gesellschafterversammlung der Stadtentwicklungsgesellschaft wird angewiesen, für den notwendigen Gesellschafterbeschluss zur Einzahlung in die Kapitalrücklage zur Stärkung des Eigenkapitals zu stimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

Nein-Stimmen: 1

23. Bewilligung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2024 hier: Altlastensanierung Altenaer Straße 212-214 Vorlage: 249/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Bei Auftragssachkonto P 14010101 – 7852000 – Altlastensanierung Altenaer Straße 212-214 werden außerplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 400.000 € zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt aus folgenden Auftragssachkonten:

N 01100504 – 7821000 – Allgemeiner Grunderwerb – 70.000 €

P 01100502 – 7821000 – Allgemeiner Grunderwerb – 90.000 €

J 01100605 – 7852000 – Neubau FW Oberrahmede – 240.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**24. Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2024 hier: Versicherungen (inkl. KSA)
Vorlage: 269/2024**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Bei Produktsachkonto 01.02.05 – 5446100/7446100 – Versicherungen inklusive Kommunaler Schadenausgleich – werden weitere überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 75.000 € bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei Produktsachkonto 16.01.01 – 5374000/7374000 – Kreisumlage.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**25. Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen der Haushaltsjahre 2022, 2023 und 2024
Vorlage: 261/2024**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Beschluss:

Die in dieser Beschlussvorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen der Haushaltsjahre 2022, 2023 und 2024 werden zur Kenntnis genommen.

**26. Entwurf des Jahresabschlusses 2022
Vorlage: 241/2024**

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass die Vorlage am 06.12.2024 in das Ratsinformationssystem eingestellt und an die Ratsmitglieder, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen per E-Mail verschickt wurde. Zusätzlich wurde die Vorlage ohne Anlagen vor der Sitzung des Rates an die Ratsmitglieder in Papierform verteilt, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen.

Anschließend gibt er das Wort an den Beigeordneten und Stadtkämmerer Haarhaus.

Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus stellt den Entwurf des Jahresabschlusses vor und gibt Informationen zu der positiven Abweichung gegenüber der seinerzeitigen Planung. Der Jahresabschluss 2022 weist einen Jahresüberschuss von 31 Mio Euro auf. Im Wesentlichen resultiere dieses Ergebnis aus der Entwicklung der Gewerbesteuer, die im Jahr 2022 ein absolutes Rekordergebnis ausgemacht hat.

Mit fast 88 Mio Euro an Steuereinnahmen liege man deutlich über dem bisherigen Rekord von 68 Mio Euro. Von einem Plus von 32 Mio Euro in 2002 komme man jetzt auf ein Minus von 31 Mio Euro in 2024 im Plan. Trotz dieser deutlichen Verschlechterung profitiere man noch von dem guten Ergebnis und könne damit die Sonderrücklage für den Neubau der hauptamtlichen Feuer- und Rettungswache dotieren.

Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei der Vorlage um einen Vorschlag zur Verwendung des Jahresüberschusses handele. Erst nach Prüfung des Jahresabschlusses und Vorlage des Prüfergebnisses werde abgestimmt.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der durch den Kämmerer aufgestellte und vom Bürgermeister bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2022 sowie der Entwurf des Lageberichts werden zur Kenntnis genommen und zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.
2. Der Vorschlag zur Ergebnisverwendung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**27. Überörtliche Prüfung der Stadt Lüdenscheid im Jahr 2021/2024 -
Staatszuweisungen
Vorlage: 237/2024**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) über die überörtliche Prüfung der Staatszuweisungen – Zuwendungen für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen im Primarbereich (OGS) der Stadt Lüdenscheid gemäß § 105 GO NRW und die diesbezüglich abgegebene Stellungnahme des Bürgermeisters wird zur Kenntnis genommen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss unterrichtet den Rat über das Ergebnis seiner Beratungen und empfiehlt diesem über die Stellungnahme des Bürgermeisters (gegenüber der GPA und der Aufsichtsbehörde) in Bezug auf die im Prüfungsbericht enthaltenen Feststellungen und Empfehlungen zu beschließen. Die vorgelegte Stellungnahme wird gemäß § 105 Absatz 7 GO NRW beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt die Stellungnahme an die GPA sowie die Aufsichtsbehörde zu senden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

**28. Umbesetzung von Ausschüssen, hier Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 251/2024**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag des Evangelischen Kirchenkreises Lüdenscheid-Plettenberg wählt der Rat der Stadt Lüdenscheid

in den Jugendhilfeausschuss:

Frau Katrin Langescheid als beratendes Mitglied nach § 5 Abs. 1 AG-KJHG anstelle von Herrn Tobias Aurisch.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

**29. Umbesetzung von Ausschüssen; hier: Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie, Jugendhilfeausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss und Werksausschuss STL
Vorlage: 267/2024**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wählt der Rat der Stadt Lüdenscheid

in den Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie

Ratsfrau Magdalena Schulte als ordentliches Mitglied anstelle der verstorbenen Ratsfrau Ursula Meyer.

in den Jugendhilfeausschuss

Herrn Mario Maračić als stellvertretendes Mitglied anstelle von Herrn Timothy Kahler

in den Rechnungsprüfungsausschuss

Ratsfrau Magdalena Schulte als ordentliches Mitglied anstelle der verstorbenen Ratsfrau Ursula Meyer.

in den Werksausschuss STL

Ratsfrau Magdalena Schulte als ordentliches Mitglied anstelle der verstorbenen Ratsfrau Ursula Meyer.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

30. Allgemeine Vertretungslisten der CDU-Fraktion Vorlage: 273/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Hinsichtlich der Vertretung von ordentlichen Ausschussmitgliedern in Ausschusssitzungen ist vorgesehen, dass alle in der nachstehenden Vertretungsliste aufgeführten Personen, die nicht zu ordentlichen Ausschussmitgliedern gewählt wurden, **in der genannten Reihenfolge** als stellvertretende Ausschussmitglieder tätig werden können, und zwar ausschließlich für ein verhindertes ordentliches Ausschussmitglied.

Allgemeine Vertretungslisten der CDU-Fraktion

Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Mert Can Cetin
Ratsfrau Gesthimani Demirtzoglou
Ratsherr Michael Dregger
Ratsfrau Dr. Antje Heider
Ratsherr Lucas Karich
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsherr Michael Meyer
Ratsherr Björn Schöttler
Ratsfrau Magdalena Schulte
Ratsherr Ralf Schwarzkopf
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn
Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting
Sachkundiger Bürger Gülpasa Erdogan
Sachkundige Bürgerin Andrea Feldmann
Sachkundiger Bürger Martin Kahler
Sachkundiger Bürger Timothy Kahler
Sachkundiger Bürger Mehmet Kaya
Sachkundiger Bürger Franz Dennis Linnarz
Sachkundige Bürgerin Eva Maria Prinz
Sachkundiger Bürger Rüdiger Rump
Sachkundiger Bürger Hans-Joachim Waibel
Sachkundiger Bürger Rüdiger Wilde

Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Mert Can Cetin
Ratsherr Michael Dregger
Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsfrau Dr. Antje Heider
Ratsherr Daniel Kahler
Ratsherr Lucas Karich
Ratsherr Michael Meyer
Ratsherr Björn Schöttler
Ratsherr Ralf Schwarzkopf
Ratsherr Christoph Weiland
Ratsherr Björn Weiß
Sachkundiger Bürger Gülpasa Erdogan
Sachkundige Bürgerin Andrea Feldmann
Sachkundiger Bürger Martin Kahler
Sachkundiger Bürger Timothy Kahler
Sachkundiger Bürger Mehmet Kaya
Sachkundige Bürgerin Valeria Klette
Sachkundiger Bürger Franz Dennis Linnarz
Sachkundiger Bürger Rüdiger Rump
Sachkundiger Bürger Hans-Joachim Waibel
Sachkundiger Bürger Rüdiger Wilde

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

Ratsherr Norbert Adam
Ratsfrau Gesthimani Demirtzoglou
Ratsherr Michael Dregger
Ratsfrau Dr. Antje Heider
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsherr Michael Meyer
Ratsherr Björn Schöttler
Ratsfrau Magdalena Schulte
Ratsherr Ralf Schwarzkopf
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn
Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting
Ratsherr Björn Weiß
Sachkundiger Bürger Gülpasa Erdogan
Sachkundige Bürgerin Andrea Feldmann
Sachkundiger Bürger Martin Kahler
Sachkundiger Bürger Timothy Kahler
Sachkundige Bürgerin Valeria Klette
Sachkundiger Bürger Franz Dennis Linnarz
Sachkundige Bürgerin Eva Maria Prinz
Sachkundiger Bürger Rüdiger Rump
Sachkundiger Bürger Hans-Joachim Waibel
Sachkundiger Bürger Rüdiger Wilde

Bau- und Verkehrsausschuss

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Mert Can Cetin
Ratsfrau Gesthimani Demirtzoglou
Ratsherr Michael Dregger
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Dr. Antje Heider
Ratsherr Daniel Kahler
Ratsherr Lucas Karich
Ratsherr Björn Schöttler

Ratsfrau Magdalena Schulte
Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting
Ratsherr Christoph Weiland
Ratsherr Björn Weiß
Sachkundiger Bürger Gülpasa Erdogan
Sachkundige Bürgerin Andrea Feldmann
Sachkundiger Bürger Martin Kahler
Sachkundiger Bürger Timothy Kahler
Sachkundiger Bürger Mehmet Kaya
Sachkundige Bürgerin Valeria Klette
Sachkundiger Bürger Franz Dennis Linnarz
Sachkundiger Bürger Rüdiger Rump
Sachkundiger Bürger Hans-Joachim Waibel

Haupt- und Finanzausschuss

Ratsherr Mert Can Cetin
Ratsfrau Gesthimani Demirtzoglou
Ratsherr Michael Dregger
Ratsfrau Dr. Antje Heider
Ratsherr Daniel Kahler
Ratsherr Lucas Karich
Ratsherr Michael Meyer
Ratsherr Björn Schöttler
Ratsfrau Magdalena Schulte
Ratsherr Ralf Schwarzkopf
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn
Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting

Integrationsrat

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Mert Can Cetin
Ratsherr Michael Dregger
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Dr. Antje Heider
Ratsherr Daniel Kahler
Ratsherr Lucas Karich
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsherr Björn Schöttler
Ratsfrau Magdalena Schulte
Ratsherr Ralf Schwarzkopf
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn
Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting
Ratsherr Christoph Weiland
Ratsherr Björn Weiß

Interessenvertretung Menschen mit Behinderungen

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Mert Can Cetin
Ratsherr Michael Dregger
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Dr. Antje Heider
Ratsherr Daniel Kahler
Ratsherr Lucas Karich
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsherr Michael Meyer
Ratsherr Björn Schöttler
Ratsfrau Magdalena Schulte
Ratsherr Ralf Schwarzkopf
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn
Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting
Ratsherr Christoph Weiland
Ratsherr Björn Weiß
Sachkundiger Bürger Gülpasa Erdogan
Sachkundige Bürgerin Andrea Feldmann
Sachkundiger Bürger Martin Kahler
Sachkundiger Bürger Timothy Kahler
Sachkundiger Bürger Mehmet Kaya
Sachkundige Bürgerin Valeria Klette
Sachkundiger Bürger Franz Dennis Linnarz
Sachkundige Bürgerin Eva Maria Prinz
Sachkundiger Bürger Rüdiger Rump
Sachkundiger Bürger Hans-Joachim Waibel
Sachkundiger Bürger Rüdiger Wilde

Kulturausschuss

Ratsfrau Gesthimani Demirtzoglou
Ratsherr Michael Dregger
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Dr. Antje Heider
Ratsherr Daniel Kahler
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsherr Michael Meyer
Ratsherr Björn Schöttler
Ratsfrau Magdalena Schulte
Ratsherr Ralf Schwarzkopf
Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting
Ratsherr Christoph Weiland
Sachkundiger Bürger Gülpasa Erdogan
Sachkundiger Bürger Martin Kahler
Sachkundiger Bürger Timothy Kahler
Sachkundiger Bürger Mehmet Kaya
Sachkundige Bürgerin Valeria Klette
Sachkundiger Bürger Franz Dennis Linnarz
Sachkundige Bürgerin Eva Maria Prinz
Sachkundiger Bürger Rüdiger Rump
Sachkundiger Bürger Hans-Joachim Waibel
Sachkundiger Bürger Rüdiger Wilde

Kuratorium Zeppelin-Gymnasium

Ratsherr Norbert Adam

Ratsherr Oliver Fröhling

Rechnungsprüfungsausschuss

Ratsherr Norbert Adam

Ratsherr Mert Can Cetin

Ratsfrau Gesthimani Demirtzoglou

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsfrau Dr. Antje Heider

Ratsherr Daniel Kahler

Ratsherr Lucas Karich

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsherr Michael Meyer

Ratsfrau Elisabeth Siebensohn

Ratsherr Christoph Weiland

Ratsherr Björn Weiß

Sachkundiger Bürger Gülpasa Erdogan

Sachkundige Bürgerin Andrea Feldmann

Sachkundiger Bürger Martin Kahler

Sachkundiger Bürger Timothy Kahler

Sachkundiger Bürger Mehmet Kaya

Sachkundige Bürgerin Valeria Klette

Sachkundiger Bürger Franz Dennis Linnarz
--

Sachkundige Bürgerin Eva Maria Prinz

Sachkundiger Bürger Hans-Joachim Waibel

Sachkundiger Bürger Rüdiger Wilde

Schulausschuss

Ratsherr Mert Can Cetin

Ratsherr Michael Dregger

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsfrau Dr. Antje Heider

Ratsherr Daniel Kahler

Ratsherr Lucas Karich

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsherr Björn Schöttler

Ratsfrau Magdalena Schulte

Ratsherr Ralf Schwarzkopf

Ratsherr Christoph Weiland

Ratsherr Björn Weiß

Sachkundiger Bürger Gülpasa Erdogan

Sachkundiger Bürger Martin Kahler

Sachkundiger Bürger Timothy Kahler

Sachkundiger Bürger Mehmet Kaya

Sachkundige Bürgerin Valeria Klette

Sachkundiger Bürger Franz Dennis Linnarz
--

Sachkundige Bürgerin Eva Maria Prinz

Sachkundiger Bürger Rüdiger Rump

Sachkundiger Bürger Hans-Joachim Waibel

Sachkundiger Bürger Rüdiger Wilde

Sportausschuss

Ratsherr Norbert Adam
Ratsfrau Gesthimani Demirtzoglou
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsherr Daniel Kahler
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsherr Björn Schöttler
Ratsfrau Magdalena Schulte
Ratsherr Ralf Schwarzkopf
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn
Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting
Ratsherr Christoph Weiland
Ratsherr Björn Weiß
Sachkundiger Bürger Gülpasa Erdogan
Sachkundige Bürgerin Andrea Feldmann
Sachkundiger Bürger Martin Kahler
Sachkundiger Bürger Timothy Kahler
Sachkundiger Bürger Mehmet Kaya
Sachkundige Bürgerin Valeria Klette
Sachkundiger Bürger Franz Dennis Linnarz
Sachkundige Bürgerin Eva Maria Prinz
Sachkundiger Bürger Rüdiger Rump
Sachkundiger Bürger Hans-Joachim Waibel
Sachkundiger Bürger Rüdiger Wilde

Stadtplanungsausschuss

Ratsherr Norbert Adam
Ratsfrau Gesthimani Demirtzoglou
Ratsherr Michael Dregger
Ratsherr Lucas Karich
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsherr Michael Meyer
Ratsherr Björn Schöttler
Ratsfrau Magdalena Schulte
Ratsherr Ralf Schwarzkopf
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn
Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting
Ratsherr Christoph Weiland
Sachkundiger Bürger Gülpasa Erdogan
Sachkundige Bürgerin Andrea Feldmann
Sachkundiger Bürger Timothy Kahler
Sachkundiger Bürger Mehmet Kaya
Sachkundige Bürgerin Valeria Klette
Sachkundiger Bürger Franz Dennis Linnarz
Sachkundige Bürgerin Eva Maria Prinz
Sachkundiger Bürger Rüdiger Rump
Sachkundiger Bürger Rüdiger Wilde

Werksausschuss STL

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Mert Can Cetin
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Dr. Antje Heider

Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsherr Michael Meyer
Ratsherr Björn Schöttler
Ratsherr Ralf Schwarzkopf
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn
Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting
Ratsherr Christoph Weiland
Ratsherr Björn Weiß
Sachkundiger Bürger Franz Dennis Linnarz
Sachkundige Bürgerin Andrea Feldmann
Sachkundiger Bürger Martin Kahler
Sachkundiger Bürger Timothy Kahler
Sachkundiger Bürger Mehmet Kaya
Sachkundige Bürgerin Valeria Klette
Sachkundige Bürgerin Eva Maria Prinz
Sachkundiger Bürger Rüdiger Rump
Sachkundiger Bürger Hans-Joachim Waibel
Sachkundiger Bürger Rüdiger Wilde

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

**31. TOP: Gebührenkalkulation des Stadtentwässerungsbetriebs Lüdenscheid Herscheid AöR(SELH AöR) für das Entsorgungsgebiet Lüdenscheid für das Jahr 2025 incl. Satzungsänderungen
Vorlage: 266/2024**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

32. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

32.1. Bekanntgaben

32.1.1. Mündliche Bekanntgabe zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.06.2024; Errichtung eines Disc Golf Parcours

Fachbereichsleiter Reuver informiert, dass der Antrag aus zwei Punkten bestand. Erstens sei die Verwaltung beauftragt worden, einen geeigneten Ort zur Errichtung eines Disc-Golf Parcours zu finden. Dieser Ort sei zwischenzeitlich mit dem Sportplatz Höh gefunden worden.

Zweitens solle die Verwaltung dem Sportausschuss schriftlich mitteilen, welche Gebiete geprüft worden seien und wo die Maßnahme umgesetzt werden könne.

Dies sei im Rahmen einer Präsentation im Sportausschuss geschehen.

Im Frühjahr 2025 könne dann der Parcours in Betrieb genommen werden.

32.1.2. Schriftliche Bekanntgabe; hier Verlagerung der Stabsstelle Veranstaltungsmanagement

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass er sich mit dem Ersten Beigeordneten Kessler darauf verständigt habe, dass die freiwerdende Stabsstelle Veranstaltungsmanagement inklusive ihrer Vertretung zum 01.01.2025 sinnvollerweise vom Fachbereich Bürgerservice/Soziale Hilfen (FB 3) in den Fachbereich Bürgermeister (FB 1) verlagert werde.

Die schriftliche Bekanntgabe wurde heute in das Ratsinformationssystem eingestellt und zusätzlich vor der Sitzung als Tischvorlage an alle Ratsmitglieder verteilt.

32.1.3. Mündliche Bekanntgabe durch den Fachbereichsleiter 6, Herrn Müller; hier: SDG Award

Bürgermeister Wagemeyer erteilt Fachbereichsleiter Müller das Wort.

Fachbereichsleiter Müller berichtet von der Verleihung des SDG Awards (Sustainable Development Goals - Ziele für nachhaltige Entwicklung) am 07.12.2024 in München. Unter mehr als 270 Bewerbungen aus 38 Ländern hat die Stadt Lüdenscheid diesen Preis in der Kategorie „Städte/Gemeinden/Bezirke“ gewonnen. Der Preis, der auf eine Initiative des Senats der Wirtschaft Deutschland mit der United Nations Industrial Development Organization zurückgeht, wird einmal im Jahr vergeben.

Die Stadt Lüdenscheid habe sich im Oktober mit ihren Nachhaltigkeitsprojekten beworben, es folgte die Nominierung mit sechs anderen Kommunen aus Argentinien, Sierra Leone, Südkorea, Dänemark, USA und Deutschland und schließlich die Preisverleihung.

Fachbereichsleiter Müller betont, dass unter anderem der Gründer von Fairtrade und Vertreter des Club of Rome in der Jury vertreten seien. Das sei die „Champions League“ beim Thema Nachhaltigkeit.

Fachbereichsleiter Müller spricht von einem beruflichen Highlight und richtet seinen Dank vor allem an seinen Fachdienst und hier besonders an Frau Lisa Flender, die einen wesentlichen Anteil an diesem Preis habe.

Ein weiterer Dank gilt dem Rat, den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, die im Bereich Nachhaltigkeit schon vor seiner Zeit „unterwegs waren“, den Mitarbeitenden der Verwaltung, den Kollegen aus dem Verwaltungsvorstand und dem Bürgermeister, der dieses Thema von Beginn an unterstützt hat.

Bürgermeister Wagemeyer unterstreicht den Dank, besonders an Frau Flender. Der Preis zeige, dass der Fachbereich 6 gute Arbeit leiste, und dass diese Arbeit auch gewürdigt werde.

32.2. Beantwortung von Anfragen

32.2.1. Beantwortung der mündlichen Anfrage der Ratsfrau Skorupa aus der Ratssitzung am 01.07.2024 zum Thema Kinder- und Jugendtreff in Brügge

Fachbereichsleiter Reuver teilt mit, dass - wie im letzten Jugendhilfeausschuss bereits kurz angesprochen - der Gemeindesaal der katholischen Kirche in Brügge als Kinder- und Jugendtreff genutzt werden solle. Ein unterschrittsreifer Vertrag mit der Gemeinde St. Medardus liege bereits vor, so dass mit der Kinder- und Jugendarbeit Anfang 2025 am neuen Standort begonnen werden könne.

Fachbereichsleiter Reuver betont, dass der Kontakt zur Kinder- und Jugendarbeit in Brügge - unter anderem mit Angeboten im DRK-Zentrum - ständig gehalten worden sei.

32.2.2. Beantwortung der schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.09.2024; Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen an den weiterführenden städtischen Schulen (inkl. Sporthallen) und Prioritätenliste zur geplanten Verwendung der Schulpauschale

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass die Beantwortung „Prioritätenliste zur geplanten Verwendung der Schulpauschale“ am 05.12.2024 in das Ratsinformationssystem eingestellt und in Papierform an die Ratsmitglieder verschickte wurde, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen.

Bürgermeister Wagemeyer begrüßt Herrn Meltzer von der Zentralen Gebäudewirtschaft, der anhand einer PowerPointPräsentation die Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen an den weiterführenden städtischen Schulen (inkl. Sporthallen) vorstellen wird.

Um im Zeitrahmen zu bleiben, handele es sich hier um eine verkürzte Version der Präsentation.

Die kompletten Präsentationsunterlagen werden als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt.

In seiner Präsentation stellt Herr Meltzer für den Zeitraum 2016 bis 2024 durchgeführte und anstehende Maßnahmen zur Hauptschule Stadtpark, der Theodor-Heuss-Realschule, dem Bergstadt-Gymnasium und der Adolf-Reichwein-Gesamtschule vor.

Ratsherr Weiß bedankt sich für den ausführlichen Vortrag und fragt nach, ob bei der geplanten Dachsanierung der Theodor-Heuss-Realschule mit geprüft werde, ob bei dieser Gelegenheit eine Photovoltaik-Anlage angebracht werden könne.

Herr Meltzer bejaht dies.

Ratsherr Adam fragt, ob es einen Zeitplan für die Sanierung der Aula des Geschwister-Scholl-Gymnasiums gebe.

Herr Meltzer antwortet, dass man dabei sei und verweist auf die laufenden Planungen.

Herr Kuscharmirtz macht ergänzend auf die dünne Personaldecke aufmerksam und nennt als Beispiel die von Frau Abendroth betreuten Projekte Umbau Alte Post und Bücherei.

Möglichst parallel dazu versuche sie, die Scholl-Aula - so zügig wie möglich, da man sich in einem Förderkorridor befinde - in Angriff zu nehmen. Man werde jedoch - nach Rücksprache mit Frau Abendroth - versuchen, den Zeitplan zu konkretisieren.

Ratsherr Holzrichter dankt für den ausführlichen Bericht und zeigt sich beeindruckt. Er bittet darum, den Bericht auch den Mitgliedern des Schulausschusses, insbesondere denen, die nicht dem Rat angehören, zur Verfügung zu stellen. Zumal vielen nicht klar ist, was die Stadt hier schultert, um die Gebäude instand zu halten.

Ratsherr Bartsch bedankt sich ebenfalls und fragt, ob bei der Dachsanierung der Theodor-Heuss-Realschule nur der Verwaltungsbereich betroffen sei und andere Dachbereiche nicht sanierungsbedürftig seien.

Herr Meltzer teilt mit, dass selbstverständlich das komplette Dach geprüft und ggfs. saniert werde.

Ratsherr Adam bedankt sich ebenfalls für die geleistete Arbeit und teilt mit, dass es dringend notwendig sei, dass auch die Schulen und Vertreter der Schulen diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Wagemeyer im Namen aller für das Zusammentragen dieser Informationen und die Präsentation.

32.2.3. Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.08.2024; Wasserstoff – Energieversorgung – E-Mobilität – Datenautobahn – neue Branchen und Technologien: Wie fit ist Lüdenscheid für die Transformation?

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass die Beantwortung der Anfrage am 05.12.2024 in das Ratsinformationssystem eingestellt sowie in Papierform am 05.12.2024 an die Mitglieder des Rates verschickt wurde, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen.

32.3. Anfragen

32.3.1. Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 05.11.2024; Werbung der Bundeswehr auf Lüdenscheider Stadtgebiet

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass die Beantwortung der Anfrage am 05.12.2024 in das Ratsinformationssystem eingestellt sowie in Papierform am 05.12.2024 an die Mitglieder des Rates verschickt wurde, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen.

Zur zweiten Frage der Anfrage werde er mündlich Stellung nehmen.

Bürgermeister Wagemeyer beantwortet Frage 2. wie folgt:

Zur Frage wie die Haltung des Bürgermeisters und der Verwaltung zur Werbung und Veranstaltungen der Bundeswehr sei, teilt Bürgermeister Wagemeyer mit, dass er es im demokratischen Verständnis etwas seltsam fände, wenn eine demokratische Institution des Staates Bundesrepublik Deutschland - die man als Stadtkommune sei - einer anderen wichtigen Institution der Bundesrepublik Deutschland - nämlich der Bundeswehr -, die letztlich auch dafür da sei, dieses Land und diese Demokratie zu verteidigen, Werbung und Veranstaltungen zu verbieten.

Seine Haltung dazu sei relativ einfach zu erklären. Zunächst einmal sei er dafür bekannt, dass ihm Dialog-Diplomatie am Herzen liege, trotzdem gebe er ein klares Bekenntnis zur Bundeswehr ab. Sein Dank gehe an die Soldaten, die für die Bundesrepublik Deutschland weltweit im Einsatz sind und dabei letztlich unser Land, unsere Freiheit, unsere Demokratie und unsere Grundwerte schützen. Darüber hinaus müsse man die derzeitige geopolitische Lage realistisch in eine derartige Betrachtung mit einbeziehen. Daher sei die Bundeswehr für die Erfüllung ihrer Aufgaben bestmöglich auszustatten. Das gelte auch für die personelle Ausstattung.

Zu Frage 3. „Gibt es bereits Besuche von sogenannten „Jugendoffizieren“ der Bundeswehr an Lüdenscheider Schulen“ teilt Bürgermeister Wagemeyer mit, dass es sich um eine innere Schulangelegenheit handele und der Schulträger dazu nichts sagen könne. In seiner Zeit als Schulleiter habe es die Schulkonferenz abgelehnt, die Bundeswehr einzuladen. Allerdings obliege diese Entscheidung jeder Schulkonferenz selbst; die Stadt habe keinen Einfluss.

Über die eine oder andere Aussage in der Anfrage wundere er sich und zitiert: „Eine Diskussion, diesen Wahnsinn zu beenden, diplomatische Initiativen, die zu einem Waffenstillstand und Verhandlungen führen, finden nicht statt“.

Er finde es bemerkenswert, über welche exklusiven Informationen die Partei DIE LINKE verfüge, um zu glauben, dass es keinerlei diplomatische Bemühungen gebe, um weltweit Konflikte zu lösen. Eine solche Aussage in dieser Form zu treffen, werde all denjenigen nicht gerecht, die tagtäglich in den Außenministerien dieser Welt versuchen, diplomatisch Lösungen herbeizuführen.

Ratsherr Dudas meldet sich zu Wort und dankt Bürgermeister Wagemeyer für die klaren Worte, denen er sich inhaltlich anschließt. Ihm stoße mehr als übel auf, dass eine demokratische Institution wie die Bundeswehr in dieser Art und Weise diffamiert werde. Unsäglich finde er, dass einem Amtsträger, in diesem Fall einem Bürgermeister, eine Gesinnungsanfrage gestellt werde.

Der Duktus und die Wortwahl der Anfrage würde tief blicken lassen und er möchte in aller Deutlichkeit sagen, dass er davon ausgehe, dass alle Anwesenden die Art und Weise wie die Fraktion DIE LINKE mit staatlichen Institutionen umgehe würde, missbilligen.

Anschließend meldet sich Ratsherr Ersching zu Wort und teilt mit, dass die Anfrage zu wesentlichen Teilen von ihm sei und erläutert, warum er die Anfrage in dieser Form so gestellt habe. Er berichtet unter anderem von den Kriegserfahrungen seines Vaters und stellt fest, dass in der Werbung der Bundeswehr die Brutalitäten des Krieges nicht gezeigt würden, sondern junge Menschen seiner Ansicht nach mit abenteuererwerbenden Bildern eingefangen würden. Ebenso würde zum Beispiel auf Messen wie der Gamescom, wo die Bundeswehr einen Stand habe, den Jugendlichen ein „Abenteuer versprochen“.

Bürgermeister Wagemeyer stellt fest, dass die Entscheidung der Werbung auf der Gamescom den Veranstaltern obliege.

Ratsherr Bartsch teilt mit, dass er die Diskussion als einseitig empfinde und diese nicht befriedigend zu Ende diskutiert werden könne.

Ratsherr Kruber berichtet, dass er bei der Gamescom den Stand der Bundeswehr besucht habe und er davon ausgehe, dass junge Leute durchaus verstünden, was Krieg und was die Bundeswehr sei. Er traue den jungen Leuten zu, dass sie wüssten, was sie tun.

Ratsherr Filipek begrüßt die Möglichkeit der Diskussion zu diesem Thema und stellt ausführlich die Ansichten seiner Fraktion hierzu dar.

Ratsherr Ferber stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, um - nach der Wortmeldung von Ratsherrn Stach - die Diskussion zu schließen und zur Tagesordnung zurück zu kehren.

Ratsherr Stach stellt fest, dass die Bundeswehr als demokratische Institution nicht totgeschwiegen werden dürfe, sondern Menschen die Möglichkeit gegeben werden müsse, sich selber ein Bild zu machen. So könne man Menschen ohne rechtsextreme Gesinnung für die Bundeswehr werben.

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass - nachdem Ratsherr Holzrichter auf sein Rederecht verzichtet habe – die Diskussion geschlossen und zur Tagesordnung zurückgekehrt würde.

32.3.2. Mündliche Anfrage des Ratscherrn Bartsch in der Ratssitzung am 09.12.2024; Überwachungssystem für den Verkehr

Ratscherr Bartsch teilt mit, dass er eine Anfrage zum Überwachungssystem für den Verkehr habe und berichtet, dass er aus den Lüdenscheider Nachrichten vom 06.12.2024 „Überwachung in Echtzeit“ von einem „Überwachungssystem für den Verkehr“ erfahren habe, dass derzeit in Lüdenscheid bereits installiert würde und dessen Plattform im Januar an den Start gehen solle.

Das neue System werde unter der Federführung der Stadtentwicklungsgesellschaft, SEG, durchgeführt. Es sei vom Bundesministerium für Verkehr gefördert.

Ernsthafte Datenerhebungen, Verfahren und so weiter seien wichtig, um in einer Planung und Strategie umgesetzt zu werden. Er frage, was hier gerade geschehe.

Nach dieser Vorbemerkung stellt Ratscherr Bartsch folgende Anfragen:

1. Bedeutet dieser Vorgang Entmündigung, eine schleichend beginnende Entdemokratisierung von Stadtrat und Stadtgesellschaft durch die SEG?
2. Gibt es für diesen Überwachungs-Vorgang irgendeinen Beschluss aus einem Ausschuss?
3. Welches Konzept-Design hat dieses System?
4. Gab es Einbindungen, Abstimmungen, Vereinbarungen mit anderen Akteuren, zum Beispiel der Verkehrsabteilung der Stadt, dem LK Argus, dem Zukunftsnetz Mobilität NRW, die gerade das Radwege- und Mobilitätskonzept der Stadt entwickeln, mit Straßen NRW?
5. Agieren verschiedene Akteure aneinander vorbei, wird "doppelt gemoppelt"?
6. Schafft das System einen wirklichen Mehrwert oder geht es lediglich um ein Datensammeln?
7. Wer wertet die Daten aus und wie?
8. Zu welchen Feinstaub- und anderen Schadstoffhöchstmengenemissionen wird Bezug genommen?
9. In welcher Weise soll mit diesem System die "Intermodalität" in Lüdenscheid verstärkt werden?
10. Wird ein Parkleitsystem in Lüdenscheid wirklich als nächster Schritt ernsthaft in Betracht gezogen?
11. Welche weitere Sensorik, unter anderem, ist geplant, eingebunden zu werden?
12. Sind alle Erfordernisse des Datenschutzes sichergestellt, nicht nur die Nichterfassung der Kennzeichen?
13. Glaubt die SEG allen Ernstes, mit diesem System den CO²- Fußabdruck reduzieren zu können?

Fazit: Ist das System ein "Geschenk von Herrn Wissing" und eine "Spielwiese" für die SEG?

Bürgermeister Wagemeyer bittet Ratscherrn Bartsch seine Fragen schriftlich zur Verfügung zu stellen und teilt mit, dass es zu dem Überwachungssystem für den Verkehr bereits Beschlüsse gegeben habe. Es handele sich um ein - bereits seit längerem laufendes - Förderprogramm, das zuvor im Bereich der Wirtschaftsförderung (Fachdienst 80) lag.

Bürgermeister Wagemeyer sagt die Beantwortung der Anfragen zu.

32.3.3. Mündliche Anfrage des Ratscherrn Weiland; Jahresabschluss Brückenbauer-Büro A45

Ratscherr Weiland teilt mit, dass er seine Anfrage schriftlich für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 27.01.2025 stellen werde.

Ihm sei aufgefallen, dass im Jahresabschluss 2022 mit einem Betrag von 406.000 Euro „Kostenerstattung der Autobahn GmbH“ ein anderer Betrag genannt worden sei als in der Beantwortung der Anfrage des Bundestagsabgeordneten Müller mit 531.206 Euro. Hier interessiere es ihn, wie diese Differenz zustande gekommen sei.

Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus teilt hierzu mit, dass die Stadt Lüdenscheid mit Nettobeträgen rechne und die Bezuschussung aus dem Bundesministerium ist eine Bruttoangabe sei, weil das Bundesministerium brutto an die Autobahn GmbH zahle. Ein weiterer Grund seien Abrechnungsmodalitäten. Die Beantwortung der Anfrage war aus dem Bundeshaushalt dokumentiert, wo es noch die Kameralistik gäbe.

32.3.4. Mündliche Anfrage des Rats Herrn Holzrichter; Straßen- und Wegekonzept - Verschiebung Maßnahme Jahnplatz

Rats Herr Holzrichter bezieht sich auf Punkt 20 der Tagesordnung, zu dem Rats Herr Adam die Frage nach der Verschiebung der Maßnahme Parkplatz Jahnplatz gestellt hat. Im Doppelhaushalt für 2024/2025 stünden 1 Mio Euro, für 2025 200.000 Euro. Seine Frage sei, ob die Mittel, die jetzt schon im Haushalt für 2024/2025 stünden, so übertragen würden, dass sie dann für die Maßnahme im nächsten Jahr oder in Folgejahren zur Verfügung stünden oder würden sie für andere Zwecke herangezogen.

Bürgermeister Wagemeyer sagt Klärung der Frage zu.

32.3.5. Mündliche Anfrage des Rats Herrn Voß; Kastrations- und Kennzeichnungspflicht bei Freigängerkatzen

Rats Herr Voß bittet um Beantwortung der noch offenen Fragen, wer und wie kontrollieren würde, ob freilaufende Katzen kastriert seien.

Der Erste Beigeordnete Kessler teilt mit, dass die Zuständigkeit beim Außendienst des Ordnungsamtes liege.

gez. Wagemeyer

gez. Corinna Schmidt

Vorsitzender

Schriftführerin